Nr. 118

DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

22. April 2019
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotzkistisch)

Mietproteste: Für die entschädigungslose Enteignung der Konzerne

Am 6. April haben Zehntausende gegen den Wahnsinn der explodierenden Mieten demonstriert. Allein in Berlin hat sich die durchschnittliche Miete in den letzten 10 Jahren verdoppelt. Immer mehr werden von ihnen regelrecht erdrosselt, während Immobilienkonzerne wie Vonovia oder Deutsche Wohnen an der Börse ihre Profite feiern.

Die Forderung der Demonstranten, diese profitorientierten Wohnungskonzerne deswegen zu enteignen, hat bei den Politikern insbesondere von CDU, CSU, FDP und AfD Empörung ausgelöst.

Ja, diese Politiker vergießen keine Träne, wenn Immobilienkonzerne Rentner nach Jahrzehnten aus ihrer Wohnung vertreiben. Wenn sie mit Schein-Sanierungen die Mieten in die Höhe treiben... und Arbeiterfamilien dann mit der Polizei aus der Wohnung werfen lassen, weil sie die Miete nicht mehr zahlen können. Oder wenn Vonovia ein Viertel seiner Arbeiter entlässt, um „fit für die Börse zu sein“.

Für die herrschenden Politiker haben die Kapitalisten das Recht, die Arbeiter zu enteignen: ihnen ihren Arbeitsplatz oder ihre Wohnung zu rauben. Doch die Kapitalisten enteignen und den Wohnungsbau verstaatlichen zu wollen, ist für sie ein Verbrechen.

Als nach dem 2. Weltkrieg alles in Trümmern lag, hat der Staat viele Milliarden ausgegeben und Millionen Wohnungen gebaut. Doch seit Beginn der kapitalistischen Krise brauchen die Kapitalisten neue Profitquellen. Deshalb wurden die von der Allgemeinheit aufgebauten und bezahlten Bereiche wie Strom, Post, Telekom sowie Teile der Krankenhäuser und der Bahn privatisiert. Und genauso wurden ab 1988 große Teile des öffentlichen Wohnungsbestandes an Privatfirmen verscherbelt. Um ein paar Schulden loszuwerden, verschleuderte die Stadt Berlin zum Beispiel Wohnungen für 400 Millionen €, die nun das Zwanzigfache wert sind!

Wohnungen sind seitdem zu einem reinen Spekulationsobjekt geworden. Das hat die Mieten so sehr nach oben getrieben, dass in Städten wie Hamburg oder Frankfurt selbst Familien mit zwei halbwegs vernünftigen Einkommen kaum noch bezahlbare Wohnungen finden.

Die Immobilienkonzerne haben außerdem nur noch Wohnungen gebaut, die sie teuer verkaufen oder vermieten können – für Arbeiterfamilien bezahlbare Wohnungen hingegen fast gar nicht. Der Mangel an Sozialwohnungen zwingt die ärmere Bevölkerung, bei Vonovia, und Co. wohnen zu bleiben, selbst wenn sie die Miete kaum noch aufbringen kann. Und diese können dreist jedes Jahr die Miete erhöhen, obwohl sie nicht mal das Nötigste renovieren.

Und reden wir gar nicht erst von den Hedge-Fonds, die Häuser kaufen, eine Zeit lang die Miete kassieren und dann wieder verschwinden – und nicht einmal telefonisch erreichbar sind, wenn Aufzug oder Heizung nicht funktionieren. Bis die Feuerwehr am Ende ganze Hochhäuser wie in Dortmund oder Duisburg räumen muss, weil sie durch mangelnde Reparaturen und Brandschutz lebensgefährlich geworden sind.

Unter dem Druck der anhaltenden Mieterproteste hat die rot-rot-grüne Landesregierung in Berlin jetzt angefangen, ein paar Wohnungen zurückzukaufen – allerdings zum Teil für den zehnfachen Preis, für den sie die Wohnungen an die Immobilienkonzerne verschleudert hatte. Der Rückkauf ist also ein neues Geschenk an die Kapitalisten, das die Bevölkerung teuer bezahlen muss.

Eine solche Politik hat Grünen-Chef Habeck gemeint, als er erklärt hat, „im Notfall“ solle der Staat auch einzelne Grundstücke enteignen. Denn auch für die Grünen, die Linken und Teile der SPD, die heute über Enteignungen reden, ist das Eigentum der Kapitalisten heilig. Sie wollen es nicht enteignen, sondern es ihnen in Ausnahmefällen – ob freiwillig oder nicht – mit einer satten Entschädigung abkaufen, die die Bevölkerung zu bezahlen hat.

Nein! So wie man einem Einbrecher die Diebesbeute ohne Entschädigung und Abkauf abnimmt, muss man es auch mit den Wohnungen machen!

Die Demonstranten „gegen den Mietenwahnsinn“ haben Recht, wenn sie den Wahnsinn einer Gesellschaft anprangern, in der der Profit einer kleinen Minderheit über den elementarsten Bedürfnissen der Menschen steht.

Sie machen zu Recht darauf aufmerksam, dass es schädlich und gefährlich ist, die Entscheidungsgewalt über solche lebenswichtigen Fragen in den Händen einer Handvoll Aktionäre zu lassen. Und auch wenn dazu selbstverständlich kein einfacher Volksentscheid ausreicht: Ja, es ist notwendig, dass man ihnen diese Macht wegnimmt!

Und das gilt nicht nur für die Wohnungsfrage. Ob es um die Herstellung von Lebensmitteln oder Waffen, um die Herstellung von Autos, ob es um Strom, Wasser, Krankenhäuser oder die Bahn geht, um die Entscheidungen der Chemie- und Pharmakonzerne oder der Banken: Überall ist es schädlich und lebensgefährlich, wenn darüber eine Handvoll Kapitalisten entscheidet, deren einzige Richtschnur der Profit ist.

Alle wichtigen Bereiche der Wirtschaft müssen in den Händen und unter der Kontrolle der Arbeiter sein – und nach den Bedürfnissen der Allgemeinheit organisiert werden.

Freiwillig oder per Gesetz werden die Kapitalisten sie allerdings niemals hergeben. Die Arbeiterklasse wird sie ihnen wegnehmen müssen. Sie wird die Macht der Kapitalisten stürzen müssen.
Eine solche revolutionäre Änderung der Gesellschaft ist die einzige Perspektive, für die Arbeiter und die gesamte Gesellschaft.

Zur Europawahl …… Zur Europawahl …… Zur Europawahl

Ihr Europa: Ein Europa der Konkurrenz, der Mauern und Kriege

Im Europawahlkampf wird deutlich, wie sehr und wie schnell sich die CDU unter Kramp-Karrenbauer der rechteren CSU angenähert hat. CDU und CSU haben sogar zum ersten Mal einen gemeinsamen Spitzenkandidaten (von der CSU) und ein gemeinsames Wahlprogramm.

Während die AfD wieder Stacheldraht um jeden Staat in Europa ziehen will, wollen CDU und CSU eine nicht weniger barbarische Festung an der Außengrenze Europas aufbauen.
Eine europäische Grenzpolizei soll geschaffen und mit allen Mitteln ausgestattet werden, damit noch weniger Flüchtlinge nach Europa gelangen. Wer nicht ertrinkt, soll in Lagern auf dem afrikanischen Kontinent festgehalten werden, in Algerien… oder Libyen.

In Libyen entflammt gerade ein weiterer Bürgerkrieg, angestachelt nicht zuletzt durch die Rivalität zwischen französischen und italienischen Konzernen. Um an libysche Ölfelder zu gelangen, unterstützt der französische Staat den General, der die offizielle Regierung angreift.

Die europäischen Staaten exportieren ihre wirtschaftliche Konkurrenz und ihre Kriege in den Nahen Osten und andere Teile der Welt. Aber die Opfer dieser Kriege wollen sie, wie hier die CDU und CSU, in eben diesen Bürgerkriegsstaaten in Lagern festhalten lassen!

Nicht besser sehen ihre weiteren „Vorschläge“ für Europa aus.

Sie wollen „europäischen Zusammenhalt“… um gemeinsam Handelskriege gegen China und die USA führen zu können.

Und sie reden davon, dass Europa „Frieden schaffe“… indem es noch mehr aufrüstet und eine eigene militärische Eingreiftruppe gründet.

Das CSU/CDU-Programm ist das ungeschminkte Programm des großen Kapitals für Europa. Es zeigt uns die Zukunft aus Handelskriegen, Kriegen und Barbarei, die sie uns bereiten werden – wenn wir es zulassen.

Das Wahlprogramm der AfD: Für die deutschen Unternehmer – gegen ALLE Arbeiteden

88 Seiten umfasst das Wahlprogramm der AfD. Doch nicht auf einer Seite kommen die Probleme der „kleinen Leute“ vor, die sie angeblich vertreten wollen.

Kritik an der Rente mit 67 und den Niedrigrenten? Fehlanzeige.

Maßnahmen gegen die fehlenden Mittel in Kitas oder Schulen? Nichts.

Maßnahmen gegen Stellenabbau, Niedriglöhne oder Minijobs, die die Riesen-Profite der Konzerne etwas ankratzen würden? Bloß nicht!

Mit all dem hat die AfD kein Problem. Unter dem Punkt „Soziales“ findet sich einzig die Forderung, die Bedingungen für einen Teil der Arbeiter noch weiter zu verschlechtern: nämlich für Migranten.

Um das Wohl der Kapitalisten sorgt sich die AfD hingegen sehr. Gleich mehrfach fordert sie Hilfen für die angeblich so gebeutelten deutschen Konzerne – ganz besonders für die Auto- und Rüstungskonzerne!

Auch die Tatsache, dass zum Beispiel der Mindestlohn in ganz Osteuropa unter 500 Euro liegt, obwohl die Arbeiter dort von denselben Konzernen (VW, Siemens, LIDL…) ausgebeutet werden und Vieles genauso teuer ist wie hier, findet die AfD gut. Sie lobt dies als „Vielfalt, die es zu erhalten gilt“! Ja, während die AfD Vielfalt in Kultur oder Sprache unerträglich findet, verteidigt sie die „Vielfalt“, sprich die Ungleichheiten bei Löhnen und Sozialsystemen, die den Kapitalisten hilft, die Arbeiter untereinander in Konkurrenz zu setzen und auszubeuten.

Die AfD ist ein Feind der Arbeiter, der mit seinem Gift der Spaltung die Arbeiter schwächen und es den Kapitalisten noch einfacher machen will, uns gegeneinander auszuspielen und uns auszubeuten. Lassen wir das nicht zu!

Für ein Europa vereint von den Arbeitern – für die Arbeiter

Viele deutsche Großkonzerne haben ebenfalls einen Wahlkampf begonnen: Sie werben für den Erhalt „unseres Europas“, das uns angeblich Wohlstand bringen würde. Wohlstand? Das hat die EU nur den Kapitalisten gebracht. Denn das Europa, in dem wir leben, war immer nur „ihr Europa“: das Europa der Konzerne.

Seit der Gründung der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ 1957 ging es – wie der Name schon sagt – einzig um die Interessen der Wirtschaft. In jahrzehntelangen Verhandlungen haben sich die Konzerne der verschiedenen EU-Staaten einen einheitlichen Markt ohne Zölle aufgebaut, mit einheitlichen Regeln und ohne Grenzen bei Produktion, Transport und Verkauf ihrer Waren.
Die Menschen in Europa hat man nie wirklich vereint: weder die Löhne und Arbeitsbedingungen, noch den Zugang zu Gesundheit oder Bildung. Auch die Frauenrechte hat man nicht nach oben angeglichen. Man denke nur an die Abtreibung, die in manchen EU-Staaten noch immer verboten und verfolgt wird.

Ja, nicht einmal die Grenzen sind nach 60 Jahren verschwunden – wie man vor drei Jahren gesehen hat, als innerhalb weniger Wochen wieder Schlagbäume und Grenzposten in ganz Europa aus dem Boden schossen. Dabei sind die Grenzen in Europa vollkommen überholt, so sehr ist die Wirtschaft und die Bevölkerung der europäischen Länder verflochten und durchmischt.
Eine wirkliche Vereinigung des europäischen Kontinents wäre ein Fortschritt. Aber die herrschenden Klassen sind hierzu vollkommen unfähig.

Selbst die kleinen Vorteile, die die EU der arbeitenden Bevölkerung gebracht hat, stehen wieder auf dem Spiel: die Möglichkeit, innerhalb Europas frei zu reisen, in einem anderem EU-Land zu arbeiten oder zu studieren, eine statt 20 verschiedene Währungen zu haben… Sie werden bedroht von der tiefen Krise des Kapitalismus, die den Aufstieg nationalistischer Demagogen mit sich bringt.

Diese Nationalisten präsentieren uns den Brexit oder Dexit oder Frexit als Ausweg aus der Krise. Doch nicht die EU ist die Ursache für die wachsende Unsicherheit und Armut, sondern der Kapitalismus in seiner tiefen Krise und seinem Verfall. Ihn müssen wir bekämpfen und stürzen. Es gibt daher nur eine Alternative: Die vereinigten sozialistischen Staaten von Europa!

Algerien, Sudan: Die machtvollen Massenproteste und ihre Lehren

Die Bevölkerung in Algerien und im Sudan hat es mit entschlossenen Massenprotesten geschafft, Diktaturen zu erschüttern, die Jahrzehnte an der Macht waren. Sie haben bewiesen, dass die einfache Bevölkerung eine enorme Macht haben kann, wenn sie gemeinschaftlich und entschlossen kämpft.



Im Sudan hat die Bevölkerung nach vier Monate langen Massendemonstrationen am 11. April den Diktator zum Rücktritt gezwungen. Die Armee hat stattdessen die Macht übernommen und gehofft, so die Proteste zu beenden.

Weit gefehlt! Schon am nächsten Tag gingen die Massen gegen die Militärherrschaft auf die Straße und zwangen den Chef der selbsternannten Militärregierung ebenfalls zum Rücktritt.

In Algerien hat die Bevölkerung in wochenlangen Massenproteste ebenfalls den Herrscher gestürzt. Die daraufhin aus Ministern des alten Regimes gebildete Übergangsregierung hat Neuwahlen im Juli angekündigt. Doch die Bevölkerung misstraut ihnen, und so gehen die Massendemonstrationen und Streiks weiter: Die Menschen wollen verhindern, dass sich nicht nur die Fassade des Regimes ändert, während im Staats- und Militärapparat alles beim Alten bleibt.

Doch genau hierin liegt die große Herausforderung. Die herrschende kapitalistische Klasse hat ein ganzes politisches Arsenal sowie Polizei und Militär zu ihrer Verfügung, um ihre Herrschaft zu verteidigen. Diese politischen und militärischen Handlanger beherrschen viele Täuschungsmanöver, um die Mehrheit der ärmeren Bevölkerung zu überlisten und ihre Proteste in die Sackgasse zu führen.

Und wenn diese Tricks nicht mehr funktionieren, setzen sie Militär- und Polizeigewalt zur Unterdrückung ein.
Die herrschende Klasse gibt niemals kampflos auf. Deshalb können die unterdrückten Klassen nur siegen, wenn sie nicht unbewaffnet gegenüber einer bewaffneten herrschenden Klasse bleiben.

Die Massenbewegungen in beiden Ländern machen deutlich, was für eine Macht die Unterdrückten sein können. Sie – und die Arbeiterklasse im Besonderen – haben die Kraft und die Fähigkeit, die Gesellschaft grundlegend zu ändern und Ausbeutung und Unterdrückung zu beenden.

Unter einer Bedingung: Sie müssen sich Organisationen aufbauen, die fähig sind, ein Generalstab der Arbeiter gegenüber dem Generalstab der kapitalistischen Klasse zu werden – angefangen bei einer Partei, in der die Arbeitenden sich wiederfinden, die die Tricks und Fallen der Herrschenden entlarven und eine Politik im Interesse der arbeitenden Klassen vorschlagen kann.
Dies gilt im Sudan und Algerien genau wie bei uns.

Kommunalwahlen in der Türkei: Eine Ohrfeige für Erdogan

Es ist eine erdrutschartige Niederlage. In quasi allen großen Städten der Türkei hat Erdogans Partei AKP die Kommunalwahlen verloren, darunter die ihm wichtigsten: Istanbul und die Hauptstadt Ankara.

Und das, nachdem Erdogan in den letzten Jahren vor keinem Mittel zurückgeschreckt ist, um seine Macht zu sichern.

Er hat hunderttausende Kritiker und vermeintliche Regime-Kritiker aus dem Öffentlichen Dienst entlassen und verhaften lassen und so ein Klima der Angst geschürt. Er hat nationalistische Hetze und Gewalt geschürt, insbesondere durch einen neuen Krieg gegen die Kurden in der Türkei und im Ausland. Er hat reihenweise kritische Journalisten verhaften lassen und 95% der Medien unter seine Kontrolle gebracht, die Tag und Nacht für ihn Propaganda machen. Und bei Wahlergebnissen hat er gerne mal nachgeholfen.

Doch all das hat nicht mehr geholfen. Die Realität der Wirtschaftskrise, der Arbeitslosigkeit, der steigenden Preise und der arbeiterfeindlichen Sparmaßnahmen der Regierung waren stärker. Mit nationalistischen Parolen kann man keinen Einkaufskorb füllen.

Viele ehemalige Anhänger Erdogans sind nicht mehr wählen gegangen oder haben die Oppositionsparteien gewählt. Diese jedoch – ein Bündnis aus der sich sozialdemokratisch nennenden, nationalistischen CHP und einer Abspaltung der rechtsextremen MHP (der Grauen Wölfe) – sind ebenso Feinde der Arbeiter. Sie haben bereits erklärt, dass sie mit Erdogans Regierung „zum Wohle des Landes“ zusammenarbeiten werden.

Auf diese Oppositionsparteien werden die Arbeiter nicht zählen können, um sich gegen diesRegierung und die Konsequenzen der Krise zu verteidigen. Doch das ist auch nicht nötig. Die türkische Arbeiterklasse hat selber die Kraft und die Kampfbereitschaft hierzu. Das hat sie bereits oft genug bewiesen.

Polen: 500.000 Lehrer im Streik

Seit dem 8. April sind in Polen mehr als eine halbe Million Lehrer im unbefristeten Streik. Sie fordern 30% mehr Lohn. Denn selbst nach 20 Jahren im Beruf verdienen sie kaum 650 Euro – der durchschnittliche Lohn in Polen liegt bei 875 Euro.

Hinzu kommt, dass in den vergangenen Jahren massiv Lehrerstellen abgebaut wurden. Und die Lehrer werden obendrein gezwungen, die nationalistische und traditionalistische Veränderung des Unterrichtsstoffs der rechtspopulistischen Regierung mitzumachen.

All das hat die Wut der Lehrer verstärkt und zum größten Streik geführt, den Polen seit vielen Jahren erlebt hat.

Der Unternehmerverband hat nun der Regierung sogar angeboten, einen Teil der für sie bestimmten Subventionen für die Lehrer zu verwenden, um den Streik endlich zu beenden.
Denn langsam haben sie ernsthaft Sorge, dass die Entschlossenheit der Lehrer auch anderen Arbeitern Mut und Ideen geben kann.



Streiks im Einzelhandel: „Alle für einen – einer für alle!“

„Alle für einen – einer für alle!“, riefen 600 Arbeiterinnen und Arbeiter von Amazon, Douglas, OBI, Tedi und anderen Betrieben bei ihrem Streik am 17. April in Duisburg und Dortmund. Sie fordern, dass sie alle den Tarifvertrag des Einzelhandels bekommen, was deutlich höhere Löhne und Urlaubs- und Weihnachtsgeld für sie bedeuten würde. Sie fordern außerdem, dass der Tarifvertrag – und damit gleiche Löhne und Bedingungen – für alle Arbeitenden im Handel gelten sollte.

Ohne Tarifvertrag stehen die Arbeitenden ihrem Boss in jedem Betrieb ganz allein gegenüber, was besonders schwer in Ketten mit vielen kleinen Filialen wie bei Douglas ist. Für viele war es eine neue Erfahrung und eine Freude, Arbeitende aus anderen Betrieben zu treffen – insbesondere die vielen Streikenden von Amazon, die die gesamte Woche vor Ostern gestreikt haben und die ihrem Boss (einem der reichsten Männer der Welt) seit Jahren immer wieder die Stirn bieten.

Alle haben gespürt, wie viel sie mit den Arbeitenden der anderen Betriebe gemeinsam haben. Und eben das ist die Stärke der Arbeiter.

ICE 4: Nur der Profit war sicher

Nachdem die neuen ICE 4 - Züge bereits zwei Jahre lang Fahrgäste mit bis zu 270 Stundenkilometer transportiert haben, stellt sich heraus: Ein Teil der Schweißnähte ist porös. Alle Züge müssen jetzt aufwändig repariert werden. Warum?

Bis vor 25 Jahren hat die Deutsche Bahn alle neuen Zugtypen erst einmal mehrere Jahre lang getestet, bevor sie sie von den Herstellern (Siemens und Bombardier) gekauft hat. Die Bahn hat den ICE 1 ganze 6 Jahre lang getestet und überarbeiten und verbessern lassen. Diese bis zu 30 Jahre alten ICE 1-Züge fahren heute noch gut – so gut, dass sie jetzt noch 15 Jahre weiterfahren müssen, weil es mit den neueren Modellen so viele Probleme gibt.

Diese wurden von der DB nämlich nicht mehr lange getestet, sondern direkt gekauft. Siemens und Bombardier konnten dadurch schneller und mehr Gewinn machen... während die Beschäftigten der Bahn und die Fahrgäste die Folgen (und Gefahren) der mangelhaften Züge tragen.

Leiharbeit gefährdet die Gesundheit

Eine Studie der Berufsgenossenschaften hat jetzt bestätigt: Leiharbeiter werden mehr als doppelt so häufig Opfer von Arbeitsunfällen wie Festangestellte. Wie sollte es anders sein, wenn man fast ohne Einarbeitung unbekannte Maschinen bedienen und sich ständig in fremden Hallen bewegen muss, oft nur kurze Sicherheitsanweisungen bekommt, zum Teil ohne entsprechende Ausrüstung? Ganz zu schweigen von dem Druck, schnell zu arbeiten, weil man jeden Tag entlassen werden kann.

Aus Profitgründen haben die Kapitalisten Millionen Arbeitern nicht nur die festen Arbeitsplätze geraubt. Sie gefährden wissentlich ihre Gesundheit

Wer keine Pflegekräfte ausbildet, hat auch keine

Obwohl angeblich alle händeringend Pflegekräfte suchen, ist die Zahl der Ausbildungsplätze in den Krankenhäusern in NRW genauso niedrig wie vor zehn Jahren. Die Krankenkassen weigern sich nämlich, den Krankenhäusern mehr Geld für die Ausbildung zu geben. Und die Krankenhäuser bilden obendrein oft noch weniger aus, als sie finanziert bekommen würden.

Seit die Krankenhäuser Ende der 90er Jahre gezwungen wurden, wie Wirtschaftsunternehmen „rentabel“ zu arbeiten, haben sie jahrelang drastisch Stellen abgebaut. Und eines der einfachsten Mittel hierfür war, weniger Pflegekräfte auszubilden. Auch seit der Personalmangel bereits so drastisch ist, dass zeitweilig Stationen geschlossen werden müssen, wird die Zahl der Ausbildungsplätze nicht wieder erhöht.

Der Personalmangel in den Krankenhäusern ist kein Versehen, sondern ein bewusst herbeigeführter Zustand – den sie auch nicht ändern wollen.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -
Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de
Telefon: 0151-55570980
www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren: für 13 € pro Jahr!